

timesafe

Software für Treuhänder

- Effiziente Leistungserfassung / Verrechnung
- Umfangreiche Mandatsverwaltung
- Flexible Compliance-Lösung

Jetzt kostenlos testen!

Infotech AG
9494 Schaan
www.timesafe.li

Nachhaltigkeit

Mängel bei Konsum, Produktion und Sozialem

BERN Der zweite Länderbericht zur Schweiz zur Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung weist Mängel bei Konsum, Produktion, Biodiversität, Klima, Energie, Chancengleichheit und sozialem Zusammenhang nach. Der Bundesrat verabschiedete ihn am Mittwoch. Im Juli wird er der UNO präsentiert. Die Schweiz hat bei der Nachhaltigkeit allerdings gute Karten, wie der Bundesrat mitteilte. Darunter fallen das hohe Bildungsniveau, die Infrastruktur, die Gesundheitsversorgung und die Wettbewerbsfähigkeit. Das ist gemäss der Landesregierung eine gute Ausgangslage, um die Ziele der Agenda zu erreichen. Den Bericht erarbeitete der Bund zusammen mit Kantonen, Gemeinden und zahlreichen weiteren Akteuren aus Wirtschaft, Wissenschaft und Zi-



(Symbolfoto: Shutterstock/afotostock)

vilgesellschaft. Gegenüber dem letzten Länderbericht von vor vier Jahren sind Fortschritte zu verzeichnen, etwa durch die Ehe für alle sowie den gestiegenen Frauenanteil in Bundesversammlung und Kantonsparlamenten. Verschiedentlich sieht der Bundesrat die Schweiz innen- und aussenpolitisch aber ungenügend auf Kurs. Um die Ziele der UNO-Nachhaltigkeitsagenda zu erreichen, ortet er Handlungsbedarf beim im internationalen Vergleich hohen Ressourcenverbrauch, bei der Reduktion der Treibhausgase, dem Erhalt der Artenvielfalt, der Senkung des Energieverbrauchs und beim Ausbau der erneuerbaren Energien. Darüber hinaus strebt die Schweiz die tatsächliche Gleichstellung von Frau und Mann an. Zusätzlich zu dem Bericht schaltet der Bund auf einer neuen Internetseite den Stand der Umsetzung der Agenda auf. Seit Mittwoch sind dort auch Einschätzungen zu jedem der 17 Nachhaltigkeitsziele und der 169 Unterziele veröffentlicht. Durch die umfassende digitale Darstellung leistet die Schweiz den Angaben zufolge Pionierarbeit. (sda)

Regierung für Privatisierung der Telecom offen - Mit grossem «Aber»

Service public Ein Verkauf der Telecom Liechtenstein ist für die Regierung durchaus vorstellbar. Es fehle jedoch an geeigneten Partnern und einem guten Grund, wie sie in ihrer Beantwortung eines Postulats zum Telekommunikations- und Postmarkt unterstreicht.

VON SEBASTIAN ALBRICH

Spätestens seit der Studie der Stiftung Zukunft.li zum «Service Public» im vergangenen Jahr ist die Frage einer Privatisierung des liechtensteinischen Telekommunikationssektors wieder in der Politik angelangt. Die FBP-Fraktion wollte es im September 2021 genauer wissen und thematisierte mit Bezug auf eben jene Studie die Möglichkeit eines Verkaufs der Telecom in einem Postulat. Die Rückmeldung: Die Regierung ist grundsätzlich offen gegenüber einer Privatisierung der Telecom. Es sei jedoch stets der Grundversorgungsauftrag zu berücksichtigen, der neben der Erreichbarkeit der Landesvorwahl +423 und der Bereitstellung von internationalen Verbindungen und Notrufnummern auch das Angebot von inländischen Kommunikationsdienstleistungen im Falle eines Marktversagens und in Krisenzeiten gewährleisten müsse. Zudem fehle es, wie Abklärungen der vergangenen beiden Jahre zeigen würden, an einem geeigneten interessierten Partner, die das Geschäft der Telecom zu für das Land akzeptablen Konditionen weiterführen würden. Doch selbst wenn ein oder mehrere solche Käufer gefunden würden, seien zuerst einige weitere Vorbedingungen zu erfüllen, bevor die Regierung bereit wäre, die



(Foto: Michael Zanghellini)

entsprechenden Schritte einzuleiten. So gelte es zuerst, den Glasfaserausbau abzuschliessen und die Zugangspreise für das Glasfasernetz zu regulieren. «Eine Privatisierung wäre erst sinnvoll, wenn dieser Prozess abgeschlossen und die neue Marktanteilsituation der Telecom Liechtenstein AG ersichtlich ist», so die Regierung in ihrer Postulatsbeantwortung.

Laufender Transformationsprozess

Eine weitere wichtige Voraussetzung für eine Privatisierung wäre die Transformation der Telecom Liechtenstein AG hin zu einem wirtschaftlich nachhaltigen Geschäftsmodell. So sei das lokale Mobilfunkgeschäft der

Telecom aktuell unter finanziellem Druck. Zwar könnten die Strukturkosten ab dem Jahr 2023 deutlich gesenkt werden, eine noch ungelöste wirtschaftliche Herausforderung stellt jedoch laut Regierung noch der Ausbau neuer Technologien wie 5G dar. Zudem befinde sich die Telecom aktuell in einer Transformationsphase hin zu einer wesentlich agileren und konzentrierteren Organisation. Ein Prozess, der wohl noch zwei weitere Jahre in Anspruch nehmen werde. Die Telecom Liechtenstein AG befinde sich somit aktuell in einem Transformationsprozess und sei auf sehr gutem Weg, die gewünschten Skaleneffekte auch ohne strategischen Partner mit finanzieller Beteiligung

zu erzielen. Nicht zuletzt aus diesem Grund sieht die Regierung aktuell keinen triftigen Anlass für einen staatliche Ausstieg aus dem Kommunikationssektor. Auch in Bezug auf eine im Postulat angedachte mögliche Separierung von Netzinfrastruktur und Diensten im Mobilfunkbereich - also mehrere Anbieter jedoch nur ein Mobilfunknetz - erkennt die Regierung keinen Nutzen, der den Eingriff in die bestehenden Eigentumsrechte der Netzbetreiber rechtfertigen würde. Insbesondere sei dadurch keine Reduktion der Strahlenbelastung oder eine Verbesserung der Netzqualität zu erwarten, wie von den Postulanten erhofft.

Post sieht Potenzial in der Digitalisierung

Ambitionen Die Post will ein zuverlässiger Datenübermittler werden, erklärte Post-Chef Roberto Cirillo am Mittwoch.

Die Cybersicherheit habe Priorität in einer Welt, in der die Gefahren, die mit der Digitalisierung einhergehen, zunehmen würden. Der gelbe Riese müsse sich mit rund 10 Millionen Phishing- und Spam-Mails sowie 100 Hackerangriffen pro Monat auseinandersetzen und rund 10 000 Viren zu 100 Prozent blockieren, erklärte Cirillo im neuen Kryptografiezentrum der Post in Neuenburg. Rund 110 IT-Experten kümmerten sich darum. Das E-Voting-System der Post soll laut Cirillo im Laufe des nächsten Jahres wieder in Betrieb genommen werden. Insgesamt arbeiten 1250 Personen in der Informatik der Post. Sie sind auf acht Standorte in der ganzen Schweiz verteilt. Damit gehöre die Post zu den Top 3 der Branche. Cirillo will nach eigenen Angaben «das Physische mit dem Digitalen» verbinden. Er erinnerte daran, dass noch immer 300 000 bis 400 000 Personen täglich einen Postschalter aufsuchen. Gleichzeitig würden zwischen 140 000 und 150 000 «Logins» registriert. Die Post müsse sich an die Entwicklung der Nachfrage anpassen. (sda)

men werden. Insgesamt arbeiten 1250 Personen in der Informatik der Post. Sie sind auf acht Standorte in der ganzen Schweiz verteilt. Damit gehöre die Post zu den Top 3 der Branche. Cirillo will nach eigenen Angaben «das Physische mit dem Digitalen» verbinden. Er erinnerte daran, dass noch immer 300 000 bis 400 000 Personen täglich einen Postschalter aufsuchen. Gleichzeitig würden zwischen 140 000 und 150 000 «Logins» registriert. Die Post müsse sich an die Entwicklung der Nachfrage anpassen. (sda)



Das E-Voting-System der Post soll 2023 wieder in Betrieb genommen werden, wie Generaldirektor Roberto Cirillo bestätigte. (Foto: Keystone/Jean-Christophe Bott)

ANZEIGE

Wiedereröffnung Hauptsitz trifft ...